

Arbeitsgemeinschaft Staatlicher Selbstverwaltungen (StaSeVe) Pressespiegel Aktuell 12.12.2010

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

Samstag, 11. Dezember 2010 – Seite 18

„Verstöße werden übergangen“

Arbeitsgemeinschaft erinnert an Tag der Menschenrechte

Menschenunwürdige Zustände im eigenen Land mahnt die Arbeitsgemeinschaft staatlicher Selbstverwaltungen an. „In Deutschland begangene Verstöße gegen die vor 62 Jahren verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte werden von Politikern übergangen“, erklärte Peter Frühwald von der Arbeitsgemeinschaft gestern in Leipzig.

Bereits vor drei Jahren hätten sich nach einem Aufruf des Netzwerks Menschenrecht zahlreiche Opfer mit Gesamtforderungen von mehreren Milliarden Euro gemeldet. „Doch in

Deutschland gibt es überhaupt keine offizielle Anlaufstelle für Menschenrechtsopfer“, prangerte Frühwald an. Betroffene müssten sich an das Menschenrechtskommissariat des Europarats in Straßburg wenden.

Zurzeit fordert das Forum Menschenrechte die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes aufgrund einer nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlung von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltstitel. Das Existenzminimum sei ein allgemeines Grundrecht und gelte damit für alle Menschen, die sich in Deutschland aufhalten. *tvo*